

com[p]act

Zeitschrift der
Politischen Gruppe Jena / Erfurt

2-09

Texte

Das Wachstum

“Wir brauchen dringend wieder Wachstum” (Angela Merkel)

Was ist das Wachstum und warum ist es so wichtig?

Seite 1

Illegaler Zuwanderung

Seite 4

Der Amoklauf von Winnenden

“und niemand weiß warum”?

Seite 8

Argumente gegen den Bildungsstreik 2009

Wie aus einem Schülerstreik ein Einsatz für
eine veredelte Konkurrenz in der Schule wird

Seite 18

Vortag und Diskussion

**Warum Demokraten die (Neo-)Faschisten nicht kritisieren,
sondern nur verbieten können**

2.Juli, Universität Jena

Seite 21

Das Wachstum

Es herrscht große Besorgnis: Das Wachstum ist weg. Der Staat hält milliarden schwere staatliche Konjunkturprogramme für notwendig, damit die Wirtschaft wieder anspringen und uns mit positiven Wachstumszahlen erfreuen möge. Zeit für die Frage: Was ist das Wachstum und warum ist es so wichtig? Die Verfechter der Marktwirtschaft behaupten, deren besonderer Vorzug bestünde - und das hätten schließlich auch die früheren Ostblock Staaten eingesehen - in der umfangreichen Versorgung mit schönen und nützlichen Gütern, und dafür bräuchte es das Wachstum: Dann ist aber die zurzeit herrschende Besorgnis nicht zu verstehen. Wenn es wirklich um die Bereitstellung von ausreichend vielen nützlichen Gütern geht - wo ist das Problem? Fünf Prozent weniger Wachstum, das entspräche in etwa der Wirtschaftsleistung des Jahres 2006 - und das galt als ein gutes Jahr und niemand sprach von einem Mangel an Computern, Autos, Dienstleistungen etc.

Und es wird wohl keiner leugnen, dass man mit derselben Produktion, sofern es denn wirklich um die Versorgung mit Gütern ginge, auch im Jahr 2009 ganz gut über die Runden kommen würde. Aber das ist natürlich eine müßige Überlegung. Wie jeder weiß, besteht das Wachstum, um das sich alle Welt jetzt solche Sorgen macht, nicht in der Zunahme nützlicher Güter, sondern in der Zunahme des Bruttosozialprodukts – das ist die entscheidende Kennziffer. In dem BSP werden nicht Stücke, Kilos oder Kalorien zusammengezählt, sondern Preise, und diese Summe, also die Addition von lauter Geldbeträgen, muss von Jahr zu Jahr mehr werden. Da

geht es also nicht um Güter, mit denen die Menschheit versorgt werden kann, sondern um Waren. Und d.h. - vor jeder Versorgung steht der Zwang, die Waren bezahlen zu müssen; es geht nicht um Bedürfnis oder Bedarf, sondern ob man über Geld verfügt: Das will der kapitalistische Produzent sehen, bevor er seine Waren herausrückt, und selbstverständlich muss für ihn ein Gewinn herausspringen. Ob Güter produziert werden, hängt also gänzlich davon ab, ob sie als Waren auf dem Markt gewinnbringend verkauft werden können, und was ein Unternehmer produziert, interessiert ihn ausschließlich unter diesem Gesichtspunkt.

Diese Gleichgültigkeit gegenüber dem sachlichen Nutzen eines Gutes zeigt sich am schlagendsten, wenn der Unternehmer, weil anderswo ein höherer Gewinn winkt, seine Produktion aufgibt und sein Kapital in eine andere Sphäre wirft. Selbst die eine oder andere Naturkatastrophe oder ein Anstieg der Autounfälle ist dem Wachstum sehr förderlich, weil das jedes Mal für Kapitalisten eine Geschäftsgelegenheit ist: Da werden zwar Werte vernichtet, aber an ihre Stelle treten Waren oder Dienstleistungen, also Verkäufe von Kapitalisten, mit denen sie ihr Kapital verwerten, und die Verkäufe lassen das Bruttosozialprodukt anschwellen.

Also: die Kapitalisten sind die Akteure und Repräsentanten dessen, was in dieser Gesellschaft Reichtum ist: Nicht die Anhäufung nützlicher Güter, sondern das Geld, zu dem diese Güter verkauft werden – das ist der Reichtum einer kapitalistischen Gesellschaft. Alles gesellschaftliche Leben - Versorgung, Bedürfnisse,

Bedarf - sind der Privatmacht des Geldes unterworfen und dienen dessen Zweck, aus Geld mehr Geld zu machen. Das Geld, das der gewöhnliche Mensch in der Tasche hat, ist dazu da und reicht, wenn er Glück hat, sich die Waren zu kaufen, die er fürs Leben braucht - sein Geld ist dann weg und landet mit eherner Regelmäßigkeit bei dem, der diese Waren hergestellt hat. Der setzt seine Produktion fort, wenn sich durch den Rückfluss dieses Geldes seine Geldsumme vermehrt hat, wenn nicht, dann lässt er es bleiben.

- Anders ausgedrückt: Ein Kapitalist veranstaltet eine Produktion nur zu dem Zweck, sein Kapital zu vermehren, ob und welche Güter hergestellt werden, hängt ganz und gar davon ab, ob sie den Dienst der Kapitalvermehrung leisten.

- Noch anders ausgedrückt: Die zuvor als müßig bezeichnete Überlegung, dass die Gesellschaft mit der Produktion des Jahres 2006 doch auch ganz gut bedient wäre, ist für den Kapitalisten eine Absurdität: Damit wäre sein Zweck überhaupt nicht erfüllt, im Gegenteil: Wenn sich sein Kapital nicht vermehrt, ist das für ihn gleichbedeutend mit der Vernichtung seines Kapitals.

Eben das passiert in der Krise und geht logischerweise einher mit einer Absurdität ganz anderen Kalibers: Da hat er zu viele, also unverkäufliche Waren produziert, und darin liegt für ihn das eigentliche Problem: Sein Kapital, das darin steckt, verwertet sich nicht, also ist auch das zu viel. Natürlich denkt er nicht im Traum daran, diese Waren zu verschenken, sein Umgang mit seinem Problem - alle anderen würden sich über kostenlose Waren, also Güter freuen - ist ein anderer: Er legt die Waren auf Halde, nimmt also lieber einen Qualitätsverlust in Kauf; er geht mit dem Preis herunter, was aber schon eine ziem-

liche Notmaßnahme ist; und darum fährt er dann die Produktion herunter oder stellt sie ganz ein. Er legt also schon geschaffenen Reichtum und Quellen des Reichtums lahm, weil sie sich nicht als Geldquellen bewähren. Das heißt, dass es auch auf einmal zu viel Arbeit gibt, nämlich in Gestalt

Wolfgang Möhl
Theo Wentzke

Das Geld

Von den
vielgepriesenen Leistungen
des schnöden Mammons

GegenStandpunkt

Aus dem Inhalt:

...wer dem unausweichlichen Zwang, Geld zu verdienen, nur die Ermunterung entnimmt, ihm erfolgreich nachzukommen, der bleibt nicht nur in ein Zwangssystem der gesellschaftlichen Arbeitsteilung verstrickt, das mit hochprozentiger Sicherheit auf seine Kosten geht. Der macht außerdem den gar nicht so unvermeidlichen Fehler, sich dazu kritik- und begriffslos affirmativ zu stellen. Da helfen dann auch kein Ärger und keine Beschwerden mehr über die unausbleiblichen Konsequenzen: über Stress beim Geldverdienen, über spärliche Verdienste, über hohe Preise und überhaupt über Mangel hier und obszönen Reichtum dort. Wer sich das Geld nicht erklären will, soll über dessen ungleiche Verteilung nicht jammern...

ISBN 978-3-929211-11-5, Format: A5,
164 Seiten, 15.– €

der Leute, die für die Warenproduktion nicht mehr gebraucht werden und deswegen ihren Lebensunterhalt verlieren. Um auf die anfänglich zitierte Behauptung der Freunde der Marktwirtschaft zurückzukommen: Es stimmt nicht nur nicht, dass es das Wachstum wegen der bestmöglichen Versorgung mit Gütern bräuchte, es steht sogar - in der Krise wird es oberdeutlich - in direktem Gegensatz zu dieser Versorgung.

Eine zweite Behauptung, die die Verfechter der Marktwirtschaft in die Welt setzen, lautet: Mit dem Wachstum und nur mit ihm gibt es einen „Wohlstand für alle“. Voraussetzung dieses „Wohlstands“ ist eine florierende Wirtschaft, also der wachsende Reichtum der Kapitalisten. Dass „wir alle“ dann davon auch abhängig sind, steht damit fest, und eben deswegen soll und muss man sich auch Sorgen machen und dafür sein, dass es mit diesem Wohlstand klappt, die Kapitalisten ihr Wachstum hinkriegen. Dafür müssen sie günstige Bedingungen vorfinden. Eine günstige Bedingung, die die Arbeitgebervertreter ständig anmahnen und derer sich der Staat tatkräftig annimmt, widerspricht freilich dem „Wohlstand für alle“ ganz entschieden: Die Arbeitskraft, die die Unternehmer benutzen wollen, muss rentabel sein, das heißt: sich den Gewinnansprüchen unterwerfen, mit entsprechenden Konsequenzen für Leistungsanforderungen und Lohnansprüche: niedrige Lohnabschlüsse, flexible Arbeitszeiten, Kurzarbeit, Entlassungen.

Jetzt ist Krise, was aber für die Arbeitskraft in dieser Hinsicht nur bedeutet, dass Alles, was auch sonst kapitalistisches Gebot ist, nun – im Namen der Überwindung der Krise – erst recht greifen muss: schon wieder niedrige Lohnabschlüsse, flexible Arbeitszeiten, Kurzarbeit, Entlassung von

Zeitarbeitern und was es sonst so an kapitalistischen Zumutungen gibt. Zugunsten des Wachstums haben die eigenen Wünsche und Bedürfnisse immer hintenzustehen. Bescheidenheit von einem selbst wird eingefordert, damit die Wirtschaft vorankommt, der „Wohlstand für alle“ ist gleichbedeutend mit dem Verzicht auf den eigenen Wohlstand. Bescheidenheit praktisch erzwungen und als eingeforderte Tugend – das ist die Maxime unter der ein Leben in Lohnarbeit insgesamt geführt zu werden hat:

- Kommt nämlich nach der Krise die „Erholung“, verträgt die auf gar keinen Fall irgendwelche Lohnforderungen.
- Und wenn die Wirtschaft so richtig boomt und die Preise auf breiter Front steigen, dann gibt es von Seiten der Arbeitgeberverbände und der Wirtschaftsweisen ein wahres Trommelfeuer: Dieser eine Preis, nämlich der Lohn, darf auf keinen Fall steigen, denn das würde den schönen Boom kaputt machen, und die Bundesbank steuert noch das hochklassige Argument der „Lohn-Preis-Spirale“ bei: Wenn bei allgemein steigenden Preisen auch noch der Lohn steigt, dann können die anderen Preise gar nicht anders, als noch mehr steigen - wenn man also als arbeitender Mensch von steigenden Preisen verschont bleiben will, dann muss man seinen eigenen Preis niedrig halten. Für alle Phasen des Wachstums gilt also die Maxime: „Lohnzurückhaltung!“ Und in allen Phasen gibt es ein und dieselbe Begründung, warum das für die „lohnabhängig Beschäftigten“ gut ist: Nur das sichert die Arbeitsplätze! Das ist ein interessantes Eingeständnis: Wenn sich die „lohnabhängig Beschäftigten“ etwas vom Wachstum erwarten können, dann ist es eben das - einen Arbeitsplatz. Was der an Lohn bringt, an Leistung verlangt und wie

lange einem so ein „Platz“ erhalten bleibt, das ist keine Frage, „Hauptsache Arbeit“ - darin besteht der „Wohlstand“ der Lohnarbeiter und für den haben sie sich unablässig Zurückhaltung aufzuerlegen.

P.S.

Eine sehr einseitige und verzerrende Darstellung, werden die Verteidiger der Marktwirtschaft sagen. Lohnzurückhaltung hin, Abhängigkeit vom Arbeitsplatz her - der „Wohlstand“ mag nicht übermäßig sein, aber der Lebensstandard dieser Bevölkerung hat sich in den letzten Jahrzehnten doch wohl verbessert. Das sei einem „trickle-down Effekt“ zu verdanken: Es tröpfelt oder sickert etwas vom Reich-

tum von oben nach unten durch. Das sind zwei interessante Auskünfte: Erstens ist der Maßstab immer die Armut von gestern, und falls eine Besserung eingetreten ist, darf man von Glück reden; als Maßstab kommt nicht in Frage, welche der vielen schönen Güter, die es nun mal gibt, man brauchen könnte. Zweitens, und genau passend dazu, muss man also dafür sein, dass die Reichen immer reicher werden, die vielbeklagte „Kluft zwischen Arm und Reich“ immer größer wird, denn nur so kann man auf ein Heruntertröpfeln und - man stelle sich vor - womöglich auf ein zunehmendes „Getröpfel“ hoffen. Auch eine Art, den mit Lohnarbeit arm und arbeitslos gemachten Trost zu spenden.

Illegaler Zuwanderung

In der EU gibt es geschätzte 8 Millionen illegale Einwanderer. Sie leben und arbeiten in der EU, ohne hier leben und arbeiten zu dürfen. Es gibt Arbeitgeber, die sie brauchen können, und zwar gerade deswegen, weil Leute, die illegal leben, doppelt erpressbar sind: Sie müssen arbeiten, um zu überleben, dürfen sich aber nicht erwischen lassen, - weder beim Arbeiten noch beim Leben. Das hat für die Arbeitgeber einen unschätzbareren Vorteil. Leute, die sich verstecken müssen, sind ihnen auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Und so sehen die Arbeitsbedingungen dann auch aus. Nach offiziellen Ermittlungen der EU-Kommission sind diese Arbeitsbedingungen „besonders ausbeuterisch“. Schönheiten wie „Zwangspornstitution“ und „illegaler Beschäftigung von Minderjährigen“ sind an der Tagesordnung. Als Saisonarbeiter im

Bau, als Erntehelfer in der Landwirtschaft, als Hausangestellte, Krankenpfleger und Sexsklaven leisten die Illegalen wertvolle Dienste, die sich für ihre Arbeitgeber oft doppelt lohnen. Schließlich ist es gängige Praxis, den Illegalen nach getaner Arbeit den versprochenen Lohn vorzuenthalten. Wenn die Betroffenen auf Bezahlung des zugesagten Lohns bestehen oder wenn man sie einfach nicht mehr braucht, nutzen die Arbeitgeber deren illegalen Status aus und melden sie den Behörden. Kommt es dann zur Abschiebung, ist das für die Arbeitgeber sehr praktisch: Sie sind ihre Zahlungspflichten los, der aufgelaufene Lohn entfällt.

Soweit so gut bzw. schlecht für die Illegalen. Es fragt sich jetzt: Wie stellt sich die EU mit ihrer neuen Richtlinie zu diesem Zustand? Ja, solche skandalösen Zustände können EU-Kommission, EU-

Rat und EU-Parlament nicht mehr mit ansehen. Sie beschließen, den Ausbeutern das Handwerk zu legen. Deswegen gibt es jetzt eine „Richtlinie“ für die nationale Gesetzgebung der EU-Staaten. Diese Richtlinie legt fest, dass „der Arbeitgeber verpflichtet (sein sollte), Drittstaatsangehörigen ausstehende Vergütungen für geleistete Arbeit zu zahlen sowie fällige Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zu entrichten.“

Diese Richtlinie feiern die EU-Verantwortlichen als soziale Wohltat, und eine karitativ eingestellte Öffentlichkeit sieht das genauso. Deren Urteil lautet, dass mit der Richtlinie endlich Schluss gemacht werden würde mit der „rücksichtslosen Lohnsklaverei“, eine Lohnsklaverei, die die Elenden dieser Welt, die es irgendwie nach Europa geschafft haben, sich bisher haben gefallen lassen müssen. Bei so viel sozialem Gewissen will der politische Zweck der ganzen Angelegenheit aber niemandem mehr auffallen. Dabei machen Europas Innenpolitiker aus dem, was sie mit dieser Richtlinie tatsächlich verfolgen, gar kein Geheimnis. Die Überschrift dieser Richtlinie lautet nämlich: „Richtlinie des europäischen Parlaments und des Rates über Mindeststandards für Sanktionen gegen Personen, die Drittstaatsangehörige ohne legalen Aufenthalt beschäftigen.“

Also nicht mehr beschäftigt werden sollen die Illegalen! Von wegen den „Drittstaatsangehörigen ohne legalen Aufenthalt“ soll ein „gerechter Lohn für ein gerechtes Tagwerk“ gesichert werden, was ja auch schon keine rosige Veranstaltung wäre. Das Gegenteil ist der Fall! Indem die Arbeitgeber mit Sanktionen bedroht werden, sollen sie also abgeschreckt werden, Beschäftigungsverhältnissen mit Illegalen einzugehen. Und als Folge davon wird,

damit den Illegalen jede Aussicht auf eigenen Lebensunterhalt genommen. Der gesetzliche Kampf gegen irreguläre Arbeitsbedingungen und Betrug um Lohnzahlungen bezweckt also nicht Beschäftigung der Illegalen und Ausbeutung gemäß den normalen europäischen Standards. Die EU-Richtlinie packt umgekehrt scharf kalkulierende Unternehmer bei den Vorteilen, die sie sich von Dienstkräften ohne Aufenthaltsrecht versprechen können. Die Verpflichtung auf ein reguläres Entgelt für ganz irregulär Beschäftigte läuft in Wahrheit darauf hinaus, solche Beschäftigung überhaupt zu unterbinden; und zwar indem den Arbeitgebern die Kosteneinsparung auf der einen Seite mit Geldbußen auf der anderen Seite vergällt wird: Die Richtlinie sagt nämlich:

„Zur Durchsetzung des allgemeinen Verbots und als Abschreckung gegen Zu widerhandlungen sollten die Mitgliedstaaten angemessene Sanktionen vorsehen. Dazu gehören Geldbußen und Geldstrafen sowie Beiträge zu den Kosten der Rückführung von Drittstaatsangehörigen ohne legalen Aufenthalt.“

Daneben gibt es eine Bestimmung gegenüber Privatpersonen, die aus Not, etwa zwecks Versorgung eines Pflegefalls in der Familie, oder aus mildtätiger Gesinnung, ein armes Schwein etwas verdienen lassen. Davonkommen sollen aber auch die nicht. Es gibt „die Möglichkeit, geringere Geldbußen und Geldstrafen für Arbeitgeber vorzusehen, bei denen es sich um natürliche Personen handelt, die eine Person zu privaten Zwecken eingestellt haben.“ Und wenn professionelle Arbeitgeber illegalen Immigranten einen Gelderwerb verschaffen, ganz gleich zu welchem Lohn, dann soll es für die ganz dick kommen: Sie werden von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen und erhalten keine Sub-

GEGENSTANDSPUNKT

Politische Vierteljahreszeitschrift

2-09

Das Finanzkapital

II. Die Entfaltung der Kreditmacht des Finanzkapitals:
Die Akkumulation des „fiktiven“ Kapitals

Ansprüche und Widersprüche
der staatlichen Krisenpolitik

„Bad Bank“

Viel Geld zur Rettung der Banken, eine Lektion
über die Verrücktheit des Kapitalismus gratis als Dreingabe

Mexikos Kampf gegen den Staatsnotstand

Der lateinamerikanische Vorzeigestaat der USA
ringt um sein „Erfolgsmodell“

5. Weltwasserforum: Wie man erfolgreich Wasser in Geld verwandelt · Merkel bei Opel in Rüsselsheim: „*Angie, lass uns nicht im Stich!*“ · Amoklauf in der Schule: Schrittfolge eines fast normalen Wahnsinns · Haftbefehl gegen den Präsidenten Sudans · „Nein zum Krieg! Nein zur NATO!“ – Und ein Ja zum demokratischen Staat? Wie soll das denn zusammenpassen! · Ihr wollt nicht für die Krise des Kapitals zahlen? Dann tut es auch nicht! · Frau Schwan warnt vor sozialen Unruhen – und stiftet Unruhe in der Öffentlichkeit · Der „Frankfurter Appell“: IG Metall feiert einen Sieg im Kampf um den Zeitgeist · Abwrackprämie oder: Die schäbige Rolle der kleinen Kaufkraft · „Boss-Napping“ in Frankreich: Entlassene Arbeiter werden militant · Der Kapitalismus ist scheiße, aber alternativlos

ventionen mehr. In schweren Fällen kann die Firma geschlossen werden.

Dabei gehen die EU-Politiker davon aus, dass der Schaden für die Arbeitgeber sich in engen Grenzen hält, wenn sie in Zukunft auf die Beschäftigung von Illegalen verzichten: Denn der europäische Staatenclub verfügt selbst über mehr als genügend Armutsgestalten, die sich, freilich innerhalb der Grenzen der Legalität, aber im Endeffekt dann doch genauso gut ausbeuten lassen wie die von außen Zugereisten. Was die EU-Politiker dafür, wie zum Hohn, in ihre Richtlinie hineinschreiben, sind Zusatzbestimmungen, die dem politischen Zweck wieder einen sozialen Anstrich verpassen. Ein ganz kleines Schlupfloch wird nämlich nicht absolut dicht gemacht: Wer Illegale berät, z. B. in der Frage, wie sie an ihren Lohn herankommen, soll damit nicht automatisch „Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt“ geleistet haben - eine Großzügigkeit, die nur betont, dass ansonsten keine Rücksicht vorgesehen ist.

Wie passt jetzt diese neue EU-Richtlinie zur bisherigen Politik der EU-Länder gegen die illegale Einreise von Armutskläfflingen? Seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten verspricht die EU, die Ursachen zu bekämpfen, die Menschen aus den absoluten Elendsquartieren der Weltwirtschaft nach Europa treiben. Die EU und die Mitgliedsstaaten ergänzen damit ihre brutale Abschiebe- und Abschottungspolitik um die humanitäre Botschaft, dass sie sich um die Besserstellung der Elendsgestalten schon auch kümmern würden. Das war schon immer eine Heuchelei. Denn die Ursachen für diese Flüchtlingsströme liegen ja nicht zuletzt in Europa und ihrer Ökonomie. Diese Ökonomie richtet mit ihrem Zugriff auf alles, was sich in fremden Ländern zu Geld machen lässt, ein ungeheures Massenelend in den meisten afri-

kanischen und vielen anderen Ländern an. Gleichzeitig steht den Betroffenen Europa als die Weltgegend vor Augen, in der das Geld zu Hause ist und deshalb die einzige Gelegenheit bietet, Geld zu verdienen. Deswegen wollen so viele der sogenannten „Drittstaatenangehörigen“ nichts wie weg aus ihren „Drittstaaten“. Die Fluchtursachen bekämpft die EU hauptsächlich mit einem vorverlagerten Abwehrregime durch Hightech-Grenzsicherungsanlagen und massive Grenzkontrollen. Nationen jenseits der Außengrenzen der EU werden darauf verpflichtet, sich daran zu beteiligen. Und diese Länder werden von der EU dafür unter Umständen sogar paramilitärisch ausgestattet. Mittlerweile ist für die Europäische Union eine zusätzliche Einsicht hinzugekommen: Mindestens eine der Fluchtursachen liegt für sie irgendwie doch in Europas Wirtschaft. Nämlich darin, dass es den Elendsfiguren aus aller Welt, wenn sie es denn bis hierher geschafft haben, auch unter denkbaren beschissensten Umständen immer noch besser geht als daheim.

Und dagegen wollen sie etwas tun. „Ein wichtiger Anreiz für die illegale Einreise in die EU besteht darin, dass es in der EU möglich ist, eine Beschäftigung zu finden, auch ohne den erforderlichen Rechtsstatus zu besitzen. Die Bekämpfung von illegaler Einwanderung und illegalem Aufenthalt muss daher auch Maßnahmen zur Verringerung dieses Anreizes einschließen...“ Im Klartext heißt das: Es muss dafür gesorgt werden, dass es den Flüchtlingen dieser Welt in der EU genauso elend geht wie in ihren Herkunftsländern, damit es für diese Armutsgestalten keinen Anreiz mehr gibt, ihrem Elend zu entkommen. Die Richtlinie der EU leistet also durchaus einiges dafür, diesen Anreiz aus der Welt zu schaffen.

Die Verfasser der Richtlinie halten es auch für angebracht, diese Richtlinie in einen größeren Rahmen einzuordnen. Sie sehen sich gehalten, den nationalen Gesetzgebern, als den Adressaten ihrer Richtlinien, deren rechtliche Unanfechtbarkeit zuzusichern. Das ist einerseits eine juristische Formalität. Sie hat in dem Fall andererseits einen gewissen Aufklärungswert für alle, die geneigt sind, Rechte mit Wohlhalten zu verwechseln und Menschenrechte mit einem Lebensmittel. Den „Drittstaatenangehörigen“ ein Überleben innerhalb der EU unmöglich zu machen, befindet sich - so die beruhigende Mitteilung aus Brüssel - in vollem Einklang mit den Menschenrechten:

„Diese Richtlinie steht im Einklang mit den Grundrechten sowie den Grundsätzen, die insbesondere mit der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union anerkannt wurden... (Artikel 16, 20, 21, 47 und 49 der Charta).

So sehr die illegalen Zuwanderer auch traktiert werden, in den Genuss ihrer Grund- und Menschenrechte kommen sie allemal. Das wird sie freuen.

Albert Krölls Das Grundgesetz – ein Grund zum Feiern?

Eine Streitschrift gegen den Verfassungspatriotismus



Unter der Fragestellung „Freiheit, Gleichheit, Eigentum, Sozialstaat, Demokratie – so gut wie ihr Ruf?“ präsentiert Albert Krölls eine kritische Bilanz von 60 Jahren Grundgesetz und Verfassungspatriotismus.

224 Seiten (2009)
EUR 16.80 sFr 29.50
ISBN 978-3-89965-342-7

Der “Amoklauf” von Winnenden

Als vor einigen Monaten ein 17jähriger Jugendlicher in seiner ehemaligen Realschule sechs Mitschüler und drei Lehrerinnen erschoss, auf seiner anschließenden Flucht noch drei weitere Menschen abknallte und anschließend sich selbst das Leben nahm - da bewegte vor allem eine Frage die deut-

sche Öffentlichkeit: „Wie wurde so ein netter Junge zum Amokschützen?“ (BILDzeitung vom 12.03.09). Es sei einfach „unfassbar“, wie ein junger Mensch, der als „völlig ruhig und unauffällig“ galt, der nie aggressiv geworden ist und eher schüchtern war, sich und 15 weitere Menschen vom

Leben zum Tod befördern konnte, „und niemand weiß, warum“ (FAZ, 12.03.09).

1.

Im ersten Moment wurde in allen öffentlichen Verlautbarungen distanzloses Entsetzen bekundet:

„Wir stehen vor einer Situation, wo uns die Worte fehlen“ (evangelischer Landesbischof) „unfassbare Tragödie“ (Kultusminister) – „eine grauenvolle und in keiner Form erklärbare Tat“ (Ba.-Wü.-Ministerpräsident Oettinger) – „Fassungslos, entsetzt und ratlos stehen wir da. Warum nur

musste das geschehen? Uns fehlen die Worte. Wir haben keine Antwort.“ (ders.)

Das Gleiche wurde auf Plakaten am Ort des Geschehens auch mit einem einzigen Wort ausgedrückt „Warum!“ Warum mit Ausrufezeichen! Dieses Warum war nicht als Fra gewort gedacht, und das heißt, es soll nicht gefragt werden. So will man ausdrücken, dass es auf die Frage nach Gründen für die Tat keine denkbare Antwort gibt.

Das ist nicht wirklich ernst gemeint, wie man gleich sehen wird. Aber bei der Inszenierung von Betroffenheit, das bei Politikern, Kirchenmännern und anderen professionellen Kommentatoren quasi zum Berufsbild dazu gehört, gehören solche Floskeln wie „unfassbar“ und „unbegreiflich“ zum unvermeidlichen Repertoire. Allerdings: Anstatt daraufhin Ruhe zu geben, werden die eben noch Sprachlosen gleich im Anschluss daran sehr beredt. Die politisch Verantwortlichen hierzulande beginnen nämlich sofort nach der Tat mit der Suche nach Erklärungen; und da will keiner, der hierzulande politisch etwas zu vermelden hat, zu spät kommen, sondern mitmischen, um seine Sicht der Dinge und der „notwendigen Konsequenzen“ gemäß seiner politischen Couleur zu Gehör zu bringen. Womit sich das „sprachloses Entsetzen“ denn doch als ziemlich billige Heuchelei entpuppt. Experten wie Laien machen sich also an die Ursachenforschung; und darin zeigen sie mittlerweile schon fast so etwas wie Routine. Politiker, Zeitungsschreiber, Fernsehmoderatoren, Psychologen, Lehrer usw. - alle machen sie sich im Anschluss an die Tat daran, den ihnen wohlbekannten Katalog von Gründen für eine solche Tat abzuarbeiten und auf mögliche Treffer für den Fall „Tim K.“ hin durchzusehen: Schule, Elternhaus, Hobbys und Freundeskreis werden gründlichst und ziemlich rücksichtslos durchleuchtet. Ent-



Wie ist es um die geistige Verfassung junger Menschen hierzulande bestellt? Genau dieser Frage widmet sich die vom „PISA-Schock“ ausgelöste Debatte nicht.

Freerk Huisken
Der „PISA-Schock“ und seine Bewältigung
Wieviel Dummheit braucht / verträgt die Republik?
96 Seiten (2005)
EUR 8.80 sFr 16.10
ISBN 3-89965-160-X

gegen der beschworenen Ratlosigkeit sind die Zeitungen gleich am nächsten Tag voll mit Angeboten aller möglichen Erklärungen, die sich schon in vorangegangenen Fällen von „school shooting“ - in Deutschland spätestens seit Erfurt 2002 und Emsdetten 2006 – zur Bearbeitung der Frage nach dem „Warum“ bewährt haben.

2.

Wenn der Amoklauf für die kommentierende Öffentlichkeit und die berufenen Experten nämlich wirklich unbegreiflich wäre, dann ließe sich dazu tatsächlich nicht mehr und nicht weniger sagen wie zu einem schlimmen Unfall oder einem bösen Zufall: nämlich „Schicksal“. Wenn Tim K. wirklich ein geistesgestörter Psychopath gewesen wäre, dann würde man über ihn niemals diese Talkshows und Fernseh-Brennpunkte veranstalten und wochenlang über mögliche Beweggründe und Folgen diskutieren. Gerade weil der Amokläufer kein Verrückter war, sondern ein ganz normaler, unauffälliger Jugendlicher, quasi einer wie wir alle, gibt es an ihm, seinen Lebensumständen und seiner Umgebung ein so großes öffentliches Interesse.

3.

Als wichtigstes wird der Ort der Tat, die ehemalige Schule des Amokläufers, ins Visier genommen und nach möglichen Gründen für die Tat durchforstet. Naheliegenderweise, denn der Amokläufer hat - wie auch die anderen vor ihm - sicherlich mit Absicht seine Schule als Tatort ausgewählt. Auch den Ursachenforschern leuchtet es ein, dass in der Schulsituation eines Jugendlichen Motive fürs Ausrasten zu finden sein müssen. Man erinnert sich an den Fall des Erfurter Amokläufers vor einigen Jahren, der zum zweiten Mal und endgültig bei der Zulassung zum Abitur gescheitert war.

Doch Tim war kein Schulversager, wird bekannt; er hatte den Realschulabschluss in der Tasche. Das lässt den Amoklauf der ursachenforschenden Öffentlichkeit erst einmal unbegreiflich erscheinen. Schulversagen – das hätte als Grund für Tötung und Selbsttötung wohl eingeleuchtet? Offenbar schon! Der Amokläufer von Winnenden hat sein Leben aber auch mit Realschulabschluss für wertlos gehalten, und in seinen ehemaligen Klassenkameraden und Lehrern Repräsentanten der dafür verantwortlichen Institution gesehen. Prompt entdecken die Zeitungen, dass hinter der Fassade des unauffälligen Schülers eine „menschliche Zeitbombe“ versteckt war: Ein „auffällig unauffälliger“ Einzelgänger, nicht sehr beliebt in seiner Klasse, der Mitschüler gemobbt hat und selbst Opfer von Mobbing wurde. Kurz, die Diagnose lautet: Zitat FAZ, 13.3.09: „Was Tim fehlte, waren Anerkennung und Selbstachtung.“ Und da sind sich sämtliche Ursachenforscher, Profis wie Laien, einig: Was die Schule den jungen Menschen mitgeben muss, unabhängig von Zensuren und Zeugnissen, ist Anerkennung und Selbstachtung.

Wir zitieren aus einem Leserbrief: „Ohne Leistung, ohne Leistungsbereitschaft wäre die Schule wirklichkeitsfremd. ... Aber immer muss klar sein, dass die Beurteilung einer Leistung kein Urteil über die Person ist. Kein Schüler, kein Mensch ist ein hoffnungsloser Fall. ... Niemand darf an den Punkt kommen, an dem er glaubt, sein Leben sei nichts wert, weil er in einem bestimmten Bereich nur wenig leisten kann. Jeder ist wertvoll durch das, was er ist, und nicht durch das, was er kann.“

Sehr aufschlussreich, dieser Leserbrief. Was kann man ihm entnehmen? 1. das Bekenntnis, dass die Schule eine Konkurrenzveranstaltung ist. 2. ein verräterisches Dementi: wenn es heißt, die Beurteilung

der Leistung „darf“ kein Urteil über die Person des Schülers sein - warum wird das wohl abgestritten? Weil es de facto so ist, dass die Schule mit der Leistungsbeurteilung darüber urteilt, was ein Schüler „wert“ ist: mehr oder weniger begabt, lernwillig oder lernunwillig, oder gar ein Versager. 3. Verräterisch ist auch die Beteuerung, kein Schüler sei ein „hoffnungsloser Fall“: denn genau das, eine beträchtliche Anzahl hoffnungsloser Fälle, produziert die Schule am laufenden Band. Laufend werden Schüler qua Leistungsbeurteilung von weiterführenden Bildungswegen ausgeschlossen und bekommen ihr Scheitern bescheinigt, von der „Mittelmäßigkeit“ übers „Sitzenzbleiben“ bis zur Perspektive einer Hartz-IV-Karriere. Und schließlich verrät der Leserbrief auch noch, was daraus für Konsequenz folgen: dass Schüler deswegen ihr ganzes Leben für „nichts wert“ halten.

4.

Nach dem, was der zitierten Leserbrief mehr oder weniger deutlich macht, ein paar Takte Erklärung, was es mit Leistung und Anerkennung in der Schule tatsächlich auf sich hat: Natürlich, so meint jeder, geht es in der Schule erst einmal um Leistung. Wissen ist in der Tat ohne Lernen nicht zu haben. Tatsächlich wird aber nirgends zur Kenntnis genommen, dass die Schule gar nicht die Erfüllung bestimmter Leistungsanforderungen verlangt, die bei entsprechender Vorbereitung im Prinzip alle hinkriegen können. Sondern sie veranstaltet zwischen ihren Schülern einen Leistungs-Vergleich, bei dem Lernen pro Zeit vorgegeben und durchgezogen wird, so dass immer welche scheitern müssen, wenn andere relativ besser abschneiden. Das liegt in der Natur der Konkurrenz: eine Leistungskonkurrenz, bei der alle Schüler gleich gut abschneiden, wäre von diesem Standpunkt aus gesehen

eine Absurdität. Die schulische Konkurrenz ist darauf angelegt, dass aus ihr immer aufs Neue gute, mittlere und schlechte Schüler herauskommen. Diese Selektion wirkt entscheidend daran mit, dass die Schüler jedes Jahrgangs verteilt werden auf die unabhängig von ihren Lernanstrengungen in der Gesellschaft vorgegebenen Positionen, auf die Hierarchie der Berufe in einer Klassengesellschaft. Dass die Schule „wirklichkeits-fremd“ wäre (vgl. Zitat), kann man ihr also wirklich nicht vorwerfen. Sie eröffnet den einen den Weg zu den besseren Berufen und Einkommen in dieser Gesellschaft und verdammt die anderen zu viel Arbeit und wenig Geld, oder gar gleich zu aussichtsloser Armut.

Schüler und Lehrer sehen die schulische Leistungskonkurrenz und ihre Resultate entschieden anders, und zwar verdreht auf eine ziemlich perfide Weise: an dem, was die schulische Selektion aus einem macht, zeige sich, was man für einer ist: Jeder bekomme das, was er verdient, jeder wird das, was in ihm steckt, und landet auf dem gesellschaftlichen Rang, auf den er hingehört, weil das exakt seinen Fähigkeiten entspreche. Diese quasi rassistische Ideologie der Erziehung verwandelt das Ergebnis der Selektion tatsächlich in

Impre

politische
jena /

[www.pg.bl/
politische.grup](http://www.pg.bl/politische.grup)

V.i.S.d.P.: Theo Wentzke, Böblin
(Eigendruck im

[F]

ein Urteil über die natürliche Eigenschaft der Person: Im Ergebnis sind die einen die „winner“, die anderen sind die „loser“.

Das ist die Wirklichkeit der Leistungskonkurrenz in der Schule und keine bloß subjektive Deutung eines „durchgeknallten“ Gehirns. Die Schulrektoren und Schulpädagogen wissen schon, warum sie am Jahresende anlässlich der Zeugnisvergabe überall im Lande pädagogische Seelsorge anbieten und hoffen, dass sich keiner ihrer Schüler das Leben nimmt, weil er sich mit seinem Zeugnis nicht nach Hause traut...

ssum:

e gruppe
erfurt

ogsport.de
pe@gmail.com

nger Str. 135, 70199 Stuttgart
(Selbstverlag)

Leistungskonkurrenz, Selbstbewusstsein entwickeln soll, mit dem er die schulischen Niederlagen zu kompensieren habe. Und damit es klappt mit dem Selbstbewusstsein, soll jeder Schüler von seinen Mitmenschen – Lehrern wie Klassenkameraden – Anerkennung bekommen, egal wie gut oder schlecht, stark oder schwach er ansonsten in der Leistungs-Rangliste dasteht. Bei diesem Lernziel müssten sich eigent-

lich sämtliche Haare sträuben: Das Schulleben läuft hochoffiziell ab nach dem Motto: Lernkonkurrenz – muss sein! Verlierer in dieser Konkurrenz? Müssen sein! Und dann den Kindern auf dieser Grundlage ein robustes Selbstbewusstsein verordnen, vor allem denen, die die Schule selbst zu „losern“ gemacht hat, das hält die moderne Pädagogik für ethisch hochwertig und äußerst verantwortungsvoll. Uns kommt das allerdings mehr wie ein Zynismus vor: Das Selbstbewusstsein soll nach der Vorstellung der Erfinder dieses Lernziels die Funktion erfüllen, Niederlagen und Schädigungen zu kompensieren und die Geschädigten auf diese Weise stabilisieren – womit keine Schädigung beseitigt ist, aber jede Frage nach dem Grund der Niederlagen oder gar nach einer Verhinderung der Schäden aus der Welt geschafft ist. Also: Entgegen der herrschenden Auffassung, dass doch jeder Mensch Selbstbewusstsein und Anerkennung braucht, sogar die Erfolgreichen, und schon gleich die weniger Erfolgreichen, die Schwachen in der Gesellschaft – entgegen dieser Auffassung müssen wir festhalten, dass das Bedürfnis nach Anerkennung ein Fehler ist – und fatale Konsequenzen zeitigen kann, wenn es jemand bitter ernst damit meint.

Denn erstens: Das Bedürfnis nach Anerkennung gibt es nur in einem System, das das gesellschaftliche Leben und damit die Reproduktion jedes Einzelnen als Konkurrenz organisiert, in der es also mit Notwendigkeit Sieger und Verlierer gibt. Verlierer nicht in irgendeinem Spiel, sondern tatsächlich in Bezug auf die materiellen Bedingungen des späteren Lebens.

Zweitens: Die Erfolgreichen in dieser Konkurrenz – auch sie haben nach eigenem Bekunden (Plasberg in „Hart aber fair“) das Bedürfnis nach Anerkennung. Aber die kriegen sie in der Regel auch in reich-

lichem Maß. Das ist eben der bürgerliche Rassismus, den wir gerade schon angesprochen haben: die Erfolgreichen, die, die sich mit Glück oder Verstand im bürgerlichen Hauen und Stechen durchgesetzt haben, die werden in den allermeisten Fällen wegen ihres Erfolgs auch als Mensch wertgeschätzt (erfolgreiche Abiturienten, Doktoren, Politiker, Unternehmer usw.), oder angehimmelt (erfolgreiche Sportler) oder gar verehrt (erfolgreiche Stars usw.).

Schließlich drittens: Für die weniger Erfolgreichen soll Anerkennung quasi an die Stelle des verpassten materiellen Erfolgs treten. Mit Anerkennung wollen bzw. sollen diese Menschen eine Wertschätzung erfahren, getrennt von dem Urteil, das die Leistungskonkurrenz über sie gefällt hat.

Das ist nichts Gutes & Schönes. Wer meint, es helfe z.B. einem erfolglosen Mitschüler weiter, wenn der „wenigstens“ Anerkennung von seinen Lehrern oder Klassenkameraden bekommt, der irrt sich. Die Schäden, die so ein Kind in der Leistungskonkurrenz erleidet, werden dadurch nicht verringert, dass man es „beachtet“, ihm auf die Schulter klopft und ein freundliches „Hallo“ oder „Wie geht’s“ zukommen lässt, und, wie es eine Leserbriefschreiberin zur besseren Bewältigung von „Frustrationen“ vorschlägt, ihm das „Gefühl“ gibt, „ein ‚Jemand‘ und kein ‚Niemand‘ zu sein“ (Leserbrief aus der „Rheinpfalz“ v. 21.3.09). Das nimmt vom Leistungsdruck nichts weg, denn der wird ja gar nicht angetastet. Und die Frage danach, woher die Schäden kommen, wird mit der vermeintlichen Kompenstation durch Anerkennung ausgeblendet. Ein Schüler, der davon überzeugt ist, dass es im Leben auf Anerkennung ankommt, oder dass ihm höchstpersönlich Anerkennung versagt wird, der beurteilt all das, was ihm in der Schule und in der Welt drumherum widerfährt, gar nicht mehr so, wie

es tatsächlich gemeint ist, sondern sucht mit verbohrtem Blick darin nur noch nach Material für seine Selbstbestätigung. Der kriegt dann überhaupt nicht mehr in den Blick, was wirklich mit ihm passiert, sondern fasst alles als persönliche Bestätigung oder eben Beleidigung auf. Ein solches Selbstbewusstsein grenzt an Wahnsinn, und wird mit Notwendigkeit enttäuscht. Alle Enttäuschungen erscheinen dementsprechend als Angriff auf die komplette eigene Person, als Angriff auf ihn als Mensch. Also als eine noch viel radikalere Infragestellung des eigenen Selbstbewusstseins, als es die schulische Leistungskonkurrenz vermag.

6.

Was die Kombination aus Konkurrenzzwang und Anerkennungsgebot in den Köpfen der Schüler angerichtet hat, kann man in den Klassenzimmern und Pausenhöfen der Nation seit geraumer Zeit besichtigen. Die Schüler selbst ergänzen die von den Lehrern durchgeführte Leistungskonkurrenz um eine ziemlich grausame Anerkennungskonkurrenz, die sie untereinander mit den Mitteln ausfechten, die ihnen zur Verfügung stehen. Das geht von der Konkurrenz um die angesagten Klamotten und Handys über tatsächliche bzw. glaubwürdig vorgespielte Erfolge beim anderen Geschlecht oder beim Saufen, bis hin zu Diebstahl, Erpressung, Demütigung, Ausgrenzung, Quälerei und Schlägerei. Hier herrscht permanenter Beweispflicht: Wer ist der „coolste Typ“ in der Klasse, weil er andere fertig machen kann oder aushält, worvor andere sich ekeln. Wer „gehört dazu“, wer ist „out“, „uncool“ usw. Sogar die fiese Bezeichnung „du Opfer“ kursiert als gängiges Schimpfwort unter Schülern. Alle mehr oder weniger rohen Formen von Angeberei und Mobbing stehen hoch in Kurs. Wer in

dieser Konkurrenz mitmacht und sich im Resultat als ausgegrenzt empfindet oder erfährt, der ist tatsächlich in seiner ganzen Person, in seiner Ehre gekränkt und beleidigt. Und das - die Beleidigung der Ehre - ist an gut bürgerlichen Maßstäben gemessen bekanntlich die schlimmste aller Beschädigungen, die sich ein moralisch empfindender Mensch überhaupt vorstellen kann. So dass es der bürgerlichen Denke keineswegs fremd ist, wenn jemand deswegen durchdreht, sich selbst umbringt oder psychisch krank wird: wie Tim, der sich wertlos fühlte, Depressionen hatte und zuletzt „Hass auf alles“ empfand.

Genauso wenig ist es der bürgerlichen Moral unbegreiflich, wenn jemand aus beleidigter Ehre die innere Berechtigung zur gewaltsamen Gegenwehr empfindet, um die eigene Ehre wiederherzustellen. Für die Ehre, z.B. die „Ehre der Nation“, werden bekanntlich Schlachten geschlagen und Orden verliehen, und das findet niemand verwerflich. „Ehrenmorde“ in der Familie werden zwar bestraft, aber es wird ihnen immerhin ein nachvollziehbarer Grund attestiert, ein falsch verstandener Ehrbegriff. Und mit dem Selbstbewusstsein im Kopf, die Welt sei ihnen „Ehre“ schuldig und entwerte sie als Mensch, nehmen sich immer mal wieder auch einzelne Schüler das Recht heraus, der Öffentlichkeit bzw. den für die eigene Schmach irgendwie Verantwortlichen auf die brutalste mögliche Weise zu beweisen, was für ein „Potential“ wirklich in ihnen steckt.

Insofern ist der Amoklauf des Tim K. nichts anderes als die letzte und radikalste Konsequenz des bürgerlichen Rechtsbewusstseins. Die Verletzung seines Ehrgefühls übersetzt er in ein Unrecht, dass ihm angetan wurde. Darauf kennt die bürgerliche Gesellschaft nur eine einleuchtende Antwort: Unrecht wird dadurch vergolten,

dass das Recht mittels überlegener Gewalt wiederhergestellt wird. So wird in der bürgerlichen Gesellschaft jedes begangene Unrecht geahndet. Dazu ist allerdings niemand anders befugt als die dafür eingesetzte Ordnungsmacht, Polizei und Gericht. Der Amokläufer hat das Gleiche auf seine Weise realisiert, und das ist es, was dem rechtschaffenen bürgerlichen Verstand dann so unbegreiflich erscheint: Er hat die bürgerliche Gewaltenteilung ignoriert und sich zum Ankläger und Richter in einer Person gemacht. Dass das ein Verstoß gegen das geltende Recht ist, hat er selber gewusst, und dementsprechend auch am Ende sich selbst „gerichtet“.

7.

Selbstbewusstsein und Anerkennungsbedürfnis haben also im Kern etwas Unbedingtes, sehr Radikales. Damit das beides für die Bewältigung des Alltags taugt, müssen die Menschen, denen gepredigt wird, dass es im Leben auf Selbstbewusstsein

Ein hörenwertes Interview mit Prof. Dr. Freerk Huisken zum Thema:

<http://www.contradictio.de/blog/archives/1293>

Vorträge zum selben Thema und mehr:

<http://doku.argudiss.de>

und Anerkennung ankommt, beizeiten lernen, dieses Bedürfnis zu regulieren. U.d.h. es an den Gegebenheiten der Realität auszurichten. Also soll z.B. der gescheiterte Schüler akzeptieren lernen, dass er zwar gescheitert ist, aber „dafür“ schön basteln, gut Tischtennis spielen kann oder in der Klasse beliebt ist. Und sich auf diese Weise mit seiner Einsortierung in die Gesellschaft zufrieden geben. Das hat schon etwas von Selbstbetrug an sich, aber so funktioniert das Aushalten aller möglichen Zumutungen und Enttäuschungen in unserer Gesellschaft mehr oder weniger.

Die Psychologen greifen das auf, um daraus ein Argument für die Verrätselung solcher Taten zu gewinnen. Und zwar mit folgendem Trick: Die Gründe für eine Tat werden in einen psychischen Zwangsmechanismus verwandelt, demzufolge dann jeder, der die gleichen Erfahrungen macht, auch genau so wie der Amokläufer handeln müsste. Und das ist offenkundig nicht der Fall - andere in ihrer Ehre gekränkte Menschen schießen nicht um sich. Deshalb - so lautet der verkehrte Schluss - darf keiner der zuvor noch debattierten Gründe als Grund der Handlung gelten gelassen werden. Dass andere gequälte Schüler eben anders mit der gleichen gesellschaftlichen Erfahrung umgehen - z.B. sie aushalten, runterschlucken und sich zur Entspannung bzw. zum „Abreagieren“ nur daheim auf dem Computer virtuell den Frust von der Seele ballern – dass das der gesellschaftliche „Normalfall“ ist, wird als Einwand gegen die Gründe für beide Verhaltensweisen gewertet. Damit wird jede Umgangsweise mit den gesellschaftlichen Verhältnissen von der Gesellschaft getrennt, in der sie entstehen, und die Amoktat in die unbegreiflichen „Abgründe“ einer kranken Seele verlegt, zu der höchstens noch psychologische Profis Zugang haben.

8.

Dann bleibt tatsächlich nichts weiter übrig als „das Böse“ in Gestalt des Amokläufers, der unerklärbare „Wahnsinn“, die absolut rätselhafte, allen verborgenen gebliebene „doppelte Identität“ des Täters – und damit: die absolute Entschuldigung des Systems, in dem er seine Erfahrungen gemacht hat. Genau so läuft die öffentliche Nachbereitung des Amoklaufs von Winnenden dann auch ab: Nach ungefähr einer Woche öffentlicher Besprechung aller möglichen Motive des Täters, nach der ausgiebigen Durchleuchtung seines Umfelds, beansprucht anlässlich der offiziellen Trauerfeier ein Kirchenvertreter das letzte Wort: Zitat Bischof Huber, Vorsitzender der ev. Kirche in Deutschland: „Dass in dieser Tat das Böse am Werk war, ist unübersehbar. Das Böse entzieht sich jeder Erklärung. Denn erklären hieße ja immer: Gründe anzugeben. Aber für das Böse gibt es keinen Grund; es ist vielmehr ein Abgrund. Wer sich ihm anvertraut, stürzt ins Bodenlose.“ (Zitat nach FAZ , 23.3.09) Erklärungen jeglicher Art – egal wie zutreffend oder falsch sie im Einzelfall sind – machen sich nach Auffassung des Bischofs grundsätzlich verdächtig, Verständnis für die Tat oder den Täter aufzubringen, gar Einverständnis mit der Tat zu bekunden und einer Entschuldigung des Täters zu dienen. Eigentlich ein reichlich blöder Gedanken: Als ob mit jedem Grund auch gleich ein „Ich-bin-dafür“ ausgesprochen wäre. Aber der Kirchenmann will uns ex Cathedra verkünden: Mit gesellschaftlichen Gründen hat der Amoklauf nichts zu tun. Wir sollen Winnenden vielmehr zum Anlass nehmen, in uns zu gehen, uns an die eigene Brust schlagen und, die grundsätzliche Sündigkeit und Schlechtigkeit des Menschen bedenkend, in Demut die Schnauze halten. Der Rundschlag mit dem kirchlichen Ham-

mer - die Verwandlung des Täters in die Personifikation des Bösen, in einen Teufel - beeindruckt allerdings die reaktionären Meinungsbildner von der FAZ außerordentlich: Zitat FAZ-Kommentar von Heike Schmoll auf der 1. Seite vom gleichen Tag: „Der Amoklauf hat die finstere Seite der menschlichen Phantasie durchbrechen lassen und uns die nahezu unbegrenzte Zerstörungskraft des Individuums gezeigt. Das Erschrecken darüber ist groß. Das Geschehene lenkt den Blick aber nicht nur auf die eigenen dunklen Phantasien. Es konfrontiert die Gesellschaft auch mit ihrer eigenen Ohnmacht, mit dem Eingeständnis, dass solche zerstörerisch-ekstatischen Ausbrüche der Phantasie in die Realität und das Leben anderer nicht verhindern lassen. Bedrohlich werden diese Phantasien, die in jedem stecken und in der Regel gut verschlossen sind, erst dann, wenn sie sich Bahn brechen in die Realität.“

Also, das Böse ist immer und überall, und dieser Heike Schmoll mit ihrer finsternen Phantasie wollen wir lieber nicht im Dunklen begegnen.

9.

Da die etwas aufgeklärter denkenden Teile der Öffentlichkeit aber doch Wert darauf legen, aus der Tat von Winnenden Lehren zu ziehen, noch ein paar Bemerkungen zu dieser Sorte von konstruktiver „Bewältigungsarbeit“. Die diskutierten Lehren befassen sich alle mit der Frage, an welchen Punkten die im Prinzip guten und anerkannten, verantwortungsvollen Institutionen der Gesellschaft im Fall Winnenden möglicherweise versagt haben: die Schule, das Elternhaus, die Gesetzgebung bezüglich Verbot bzw. Jugendschutz bei Gewalt-Computerspielen, und nicht zuletzt geraten auch die ehrenwerten Schützenvereine der Nation unter den prüfenden Blick.

Die Schule: Sie soll selbstverständlich bleiben wie sie ist („Leistung muss sein.“). Was sie eventuell versäumt hat, ist „Sensibilität“ für potentielle Täter. Lehrer haben womöglich nicht genügend „hingeschaut“; also soll eine „Kultur der Aufmerksamkeit“ helfen, „zurückgezogene“ Schüler genauer zu beobachten und einen Verdacht auf mögliches Ausrasten nicht beiseite zu schieben, sondern ihm nachzugehen.

Die Schüler werden ermahnt, unbeliebte Mitschüler nicht zu schneiden, sie bei ihrer Beliebtheitskonkurrenz nicht auszusortieren, sondern besser einzusortieren. Andererseits sollen sie aber auch gegenüber ihren Klassenkameraden Polizei spielen, nämlich dort, wo die richtige Polizei nach eigenem Bekunden gar nicht hinkommt, in den chatrooms der jugendlichen „peergroups“, und verdächtige Hinweise vertrauensvoll an die Polizei weitergeben. Eine begeisternde Perspektive: Wenn das Verdachtsmerkmal für künftige Amokläufer ihre „Unauffälligkeit“ ist, können sich Lehrer wie Schüler ja auf ein sehr erfreuliches „Umeinander-Kümmern“ und „Aufeinander-Zugehen“ (so die Anregung von Familienministerin von der Leyen) einrichten.

Weil Amokläufe dadurch aber nicht mit Sicherheit verhindert werden können, schlägt die Polizei eine Verbesserung der Sicherheit in den Schulgebäuden vor: Überwachungskameras, Metalldetektoren, Zugangscodes... Aber das Kultusministerium bremst: ein Hochsicherheitstrakt passt schlecht zum Bild von der Schule als „Herz der offenen Gesellschaft“ (Zitat Kultusminister Rau), an dem bei dieser Gelegenheit kontrafaktisch festgehalten werden soll.

Die Elternhäuser: Die werden daran erinnert, dass Erziehung auch die sog. „el-

terliche Gewalt“ mit einschließt. Neben emotionaler Obhut haben sie also auch die Verpflichtung zur Kontrolle der Heranwachsenden in Kinderzimmern und in dort installierten Computern. Weiterhin wird ihnen zu bedenken gegeben, dass allzu viel materielle Großzügigkeit (z.B. Erfüllung aller Wünsche, zu viel Taschengeld usw.) für die Erziehung eher vom Übel ist: psychologische Experten, die sich zum Fall Tim K. äußern, nennen das „emotionale Wohlstandsverwahrlosung“, weil die jungen Menschen dann nicht nachhaltig genug und nicht rechtzeitig genug daran gewöhnt werden, Frustrationen auszuhalten. Erziehung zur „Frustrationstoleranz“ heißt das auf gut psychologisch, womit jede Überlegung, was sich eventuell gegen die Ursachen des „Frusts“ machen ließe, schon im Ansatz erschlagen ist. Gute Erziehung beinhaltet also die rechtzeitige Einübung in zukünftig zu erwartende Härten und Niederlagen, die das Leben für einen jungen Menschen todsicher noch parat hat, als geeignetes pädagogisches Mittel, damit die Heranwachsenden dann auch im späteren Leben reibungslos mit allen Zumutungen zurechtkommen.

Der Jugendschutz: Forderungen nach einem Verbot der Gewalt-Computerspiele wie „Counterstrike“ u.ä. sind auch nach dem jüngsten Amoklauf wieder erhoben worden. Als ob mit dem Verbot von Spielen und von Gewaltdarstellungen etwas gegen die reale Gewalt in der Gesellschaft getan wäre! Wenn das wahr wäre, sollte man besser die täglichen Fernsehnachrichten verbieten! Die meisten Jugendlichen können zwischen Spiel und Wirklichkeit unterscheiden; übrigens auch Tim: dem war vom ersten bis zum letzten Schuss klar, dass er in Winnenden kein Spiel spielt. Der Grund für Gewalttaten sind solche Killerspiele

nie. Nur wer für sich vorab die Entscheidung gefällt hat, dass Gewalt ein Mittel für seine Anliegen ist, nur der kann sich dann auch von Gewaltvideos etwas abschauen. Mit einem Spieleverbot die Geisteshaltung solcher Jugendlicher ändern zu wollen, ist allerdings absurd.

Die Schützenvereine: Ganz besonders sind nach dem Amoklauf von Winnenden der private Waffenbesitz und die Vereine der Waffennarren, genannt Schützenvereine, in den Blick der Kritik geraten. Ohne Schießeisen und Ausbildung hätte Tim K. natürlich nicht so viel Schaden anrichten können. Insofern, so wird zu Bedenken gegeben, könnte die Abrüstung im Privathaushalt helfen. Dieser friedliebende Standpunkt: „Waffen gehören ausschließlich in die Hände der öffentlichen Gewalt“ muss sich dann von einer Gießener Kriminologieprofessorin sagen lassen: „Die Waffe stiftet Identität“. Schießen als Sport gilt als sinnvoll für den seelischen Haushalt und könnte aggressive Außenseiter ins Vereinsleben integrieren. Oder hätten schärfere Waffengesetze die Tat verhindert? Eher nicht, lautet das Urteil der den Waffenfreunden verpflichteten Politiker, wie z.B. auch Kurt Beck von der SPD, „die Politik hat da nichts versäumt“ (zitiert nach FAZ). Waffen sind überall zu bekommen – ja dann weiter so! Und „Waffenbesitzer zu Hause zu kontrollieren“, lehnte der Berliner Innensenator ab, da „solche Kontrollen die Unverletzlichkeit der Wohnung tangieren“ (Zitat nach FAZ). Da lachen ja die Hühner! Seit wann hat das den Staat jemals am Ausspähen gehindert.

Gleich nach der Tat gibt ein ostdeutscher Innenminister von der CDU zu bedenken (Zitat SZ), „Es sei nun nicht die Zeit, die Schützenvereine zu verunglimpfen. Sie leisten gute Jugendarbeit und sind ein wich-

tiger Bestandteil der deutschen Tradition.“ Anerkennend stellt die Süddeutsche Zeitung fest: „Diese Vereine schaffen „Identität, Gruppensolidarität, Heimatgefühl.“ Und mit ihren fast 2 Millionen Aktiven bilden die Sportschützen (Zitat Süddeutsche Zeitung) „insgesamt ein beachtliches

Wählerpotential“ – das überzeugt. Denn Achtung! 2009 ist das Super-Wahljahr! Man sieht, es ist gar nicht so leicht, etwas zu ändern an diesem Deutschland, damit alles beim Alten bleibt – nur ohne solche Konsequenzen wie die in Winnenden, Erfurt, Emsdetten.

Bildungsstreik 2009

Streiken für eine veredelte Konkurrenz in Schule und Hochschule?

Die Organisatoren des bundesweiten Bildungsstreiks geben sich ausgesprochen kämpferisch: Sie wollen „nicht lieb protestieren“, sie planen vielmehr auch Blockaden und Besetzungen, um gegen „Zustände und Entwicklungen im Bildungssystem“ vorzugehen, die sie als „nicht weiter hinnehmbar“ verurteilen. Gleichwohl bestätigt ein Blick auf den Inhalt ihrer Forderungen, dass sie trennen möchten zwischen Umständen des im Bildungswesen organisierten Lernens, die sie stören, und der Bildung, die sie verteidigen. Sie meinen, dass hässliche Verhältnisse an Schulen und Hochschulen, die ihnen aufstoßen, eigentlich unpassend seien für das deutsche Bildungswesen und die politischen Zwecke, für die es vom Staat betrieben wird.

„Kostenlose Bildung für alle“

Woran ist denn – erstens – bei dem Wunsch nach „kostenloser Bildung für alle“ bzw. „gesetzlich verankerte Gebührenfreiheit von Bildung“ gedacht? Da weiß man zwar, dass arme Familien ihren Kindern Computer, Arbeitszimmer und Nachhilfe nicht finanzieren können und dass sie nicht in der

Lage sind, die Studienkosten aufzubringen. Man weiß also um die Sortierung dieser Gesellschaft in Reich und Arm. Aber man stört sich allein an den Auswirkungen des Einkommensgefälles auf das Bildungsgeschehen. Bei der Bildung wenigstens soll das Geld der Eltern keine Rolle spielen, wenn sich an ihm auch sonst alles entscheidet. Über den Bildungserfolg soll nicht das Portemonnaie der Eltern entscheiden! Was aber sonst? Allein die Leistungskonkurrenz? Offensichtlich sollen sich in der Schule alle unter gleichen Lernbedingungen am Start um die aussichtsreicheren Schulkarrieren aufstellen und alle, die sich im schulischen Wettbewerb durchgesetzt haben, ohne finanzielle Einschränkung an der Hochschule weiterkonkurrieren.

„Soziale Selektivität“ soll nicht sein. Das sehen Bildungspolitiker anders: Sie halten es keineswegs für ungehörig, dass die Einkommensunterschiede auch in der Schule – und mit Studiengebühren an der Universität – wirksam werden, wo das Bildungswesen die nachfolgende Generation doch in genau diese Gesellschaft von Reich und Arm einführt.

„Eine Schule für alle“

Auch – zweitens – die Parole: „Eine Schule für alle – weg mit dem mehrgliedrigen Schulsystem“ ist von diesem schulischen Gleichheitsideal beseelt. An der Mehrgliederigkeit des Schulsystems stößt den Streikkomitees irgendwie sauer auf, dass die Schule die Lernenden frühzeitig sortiert, die Schule also von Anfang an Ungleichheit produziert. Doch was wäre, wenn alle Schüler in ein und derselben Schule nach denselben Grundsätzen traktiert würden? Würde das nicht dennoch zu einer Hierarchisierung der Lernenden durch Punkte und Noten führen? Wenn aber Schluss wäre mit der Selektion nach vier Schuljahren, wenn gar allen der Weg zum Abitur offen stünde? Dann fände, wie gehabt, ein Hauen und Stechen statt um den Abi-Schnitt, und an der Uni ginge es nahtlos weiter. Wenn dann dort wirklich gälte „Master für alle“, würde konkurriert um die Qualität dieses Abschlusses, und danach ginge die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt weiter. Dass besser bezahlte Führungspositionen, um die das Bildungswesen von Anfang an einen Kampf organisiert, immer nur für einen Teil der Bevölkerung zu haben sind, scheint nicht der Stein des Anstoßes zu sein. Man hätte einfach gerne, dass zu diesem Teil der Bevölkerung auch ein paar Angehörige der bislang „bildungsfernen Schichten“ gehören. Das wäre dann „sozial gerecht“. Man hätte scheinbar gar nichts daran auszusetzen, dass für den ganzen Rest der Bevölkerung weiterhin nur schlecht bezahlte Jobs vorgesehen sind.

„Mehr LehrerInnen und kleinere Klassen“

Der „gezielten Förderung“ der Lernenden und ihrer Persönlichkeit soll die „Aufsto-

ckung des Lehrpersonals“ dienen. Fällt dabei niemanden auf, dass – drittens – eine Schule mit „mehr LehrerInnen und kleineren Klassen“ nur den Lehrern das Leben leichter macht? Klar, die Schüler würden vielleicht mehr lernen – was auch immer! Lehrer könnten ihnen mehr Zeit widmen – wofür auch immer! Was käme dabei heraus? Allein das Lernniveau würde sich ändern, auf dem die Schulklassen in der Lernkonkurrenz nach Schulsiegern und Schulverlierern zerlegt werden.

„Gegen Schulzeitverkürzung durch G8-Abitur“

Wer schließlich – viertens – „gegen Schulzeitverkürzung – wie das G8-Abitur“ und gegen „Regelstudienzeit und Dauerprüfung“ antritt, dem passt die staatliche Verschärfung des Leistungsdrucks nicht. Der wünscht sich die (Wieder-)Einführung einer Normalität, in der ebenfalls Selektion stattfand oder -findet, aber in einem weiter gespanntem Zeitrahmen und mit weniger Prüfungen, mit weniger „Stress“ eben. War das nicht der Zustand, über den er sich vor der Verschärfung doch noch beschwert hat?

„Demokratisierung des Bildungssystems“

Wer – fünftens – „Demokratisierung des Bildungssystems“ fordert, stellt nicht die Zwecke des Ausbildungssystems in Frage, sondern will unter Berufung auf die demokratische Grundideologie – wer von Herrschaft betroffen ist, hat ein Recht darauf, dabei mitzureden – bei der Umsetzung dieser Zwecke mitbestimmen, die von oben festgesetzt werden. Man kann in der Demokratie offenbar nicht früh genug lernen, sich darum zu kümmern, dass in der Schule wirklich jede ungerechte Beurteilung, jede Lehrerbeleidigung, jede dem

Lernen abträgliche, antiquierte Arbeitsmethode und was sonst noch das gedeihliche Miteinander von Lehrer und Schüler stört, sofort und gnadenlos zu einer Beschwerde bei den Zuständigen führt. Und ehemalige Gegner von Studiengebühren bemühen sich nach der Einführung derselben gemeinsam mit den Zuständigen um einen „sachgerechten“ Einsatz der Gelder. Die Zuständigen, das sind die Staatsbeamten in der Leitung der Bildungsanstalten. Die gehören nämlich zu den Guten.

„Beendet den Einfluss der Wirtschaft auf die Schulen!“

Das ist dem – sechstens – radikal gemeinten Ruf: „Beendet den Einfluss der Wirtschaft auf die Schulen!“ und „Abbau von wirtschaftlichen Zwängen im Bildungsbereich“ zu entnehmen. Denn „die Wirtschaft“, das sind die Bösen, deren Einfluss im Bereich der Bildung nichts zu suchen hat. Aber ist es nicht so, dass das Bildungswesen den Großteil des Nachwuchses auf nichts anderes als auf den Berufseinsatz im Dienste eben dieser Wirtschaft vorbereitet? Geht es der staatlichen Sorge um das Funktionieren des Bildungswesens um etwas anderes, als dass die Schule als Lieferant von praktisch vorsortiertem Menschenmaterial für „die Wirtschaft“ funktioniert? So etwas heißt heute „Praxisnähe“ und gilt als Teil von Reform. Wer also dem Einfluss der Wirtschaft auf die Schule dort entgegentreten will, wo sie auch noch penetrant als Lobby und Sponsor auftritt und durchrechnet, ob nicht aus dem Schul- und Hochschulwesen selbst noch ein Geschäftchen zu machen ist, der kommt etwas zu spät. Es passt manches nicht zusammen im Streikaufruf: Da stellen die Streikkomitees eine Reihe von Forderungen auf, in denen ihre Kritik an staatlicher Schulpolitik zusammengefasst

ist, um dann am Ende wieder mit einem Plädoyer für die gerade eben kritisierte staatliche Bildungspolitik aufzuwarten. Im Schoß des Staates fühlen sie sich letztlich doch besser aufgehoben als in dem der Wirtschaft, verkünden sie mit ihrer Absage an jeglichen Einfluss ökonomischer Macht. Als ob man hierzulande zwischen Staats- und Geldmacht wählen könnte! Bildungsstreik: Ein Kampf um Verbesserung von Lern- und Konkurrenzbedingungen

Aber letztlich passt wieder alles zusammen: Die Forderungen des Bildungsstreiks greifen weder die Sicherung der praktischen Benutzbarkeit noch die der geistigen Parteilichkeit durch Schule und Hochschule an. Sie haben weder am letzten Bildungsziel, „aktiv für die demokratische Ordnung“ einzustehen, etwas auszusetzen, noch machen sie die Verteilung des Nachwuchses auf die vorgegebene kapitalistische Berufshierarchie zum Thema. Sie mahnen allein die Verbesserung von Lern- und Konkurrenzbedingungen an. Und deshalb sind sie bei staatlichen Bildungsbehörden auch an der richtigen Adresse. Einerseits wenigstens. Andererseits fragt sich natürlich, warum Bildungspolitik all das – und noch viel mehr – eingefallen ist, was dem kritischen Nachwuchs so gar nicht schmeckt. Zufall wird das wohl nicht sein und gewürfelt haben ihre Vertreter auch nicht. Welche politischen und ökonomischen Gründe sie für das Bildungswesen haben, so wie sie es jetzt umkrempeln, das müsste man wirklich einmal ermitteln. Es wird wohl dabei herauskommen, dass Ausbildung im Kapitalismus anders funktioniert, als es sich diejenigen Schüler und Studenten vorstellen, die immer nur ihre Enttäuschung darüber kundtun, dass Schule ihren Konkurrenzidealen nicht so zu Diensten ist, wie sie es gerne hätten und wie sie es von ihrem Staat erwarten.

Ankündigungstext Vortrag & Diskussion

„Warum Demokraten die (Neo-) Faschisten nicht kritisieren, sondern nur verbieten können“

02.07.2009 19:00 Uhr, *Universität Jena,*

Carl-Zeiss-Str.3, Seminarraum 314

Was die Demokratie schon bei der Befasung mit dem Nationalsozialismus ausgezeichnet hat, setzt sich im Umgang mit den Neofaschisten von heute fort: Der deutsche Faschismus von 1933-45 gilt als Inbegriff eines undemokratischen Unrechtsstaats: Sie ist die Diktatur, die den Holocaust verbrochen hat, für Euthanasie und Zuchtburgen verantwortlich war und einen verlorenen Weltkrieg auf dem Gewissen hat. Kurz, die deutschen Faschisten waren und sind der Inbegriff „des Bösen“ und stehen für all das, was Demokraten in ihrem politischen Programm nicht vorgesehen haben. Letztere sind deshalb auch „die Guten“, auf jeden Fall die Besseren und ein Bollwerk gegen den Faschismus. Heute muss man folglich nur noch auf die Bösen zeigen, die Neonazis nur noch an Kleidung, Symbolik oder Musik identifizieren, um ihre politische Ausgrenzung einzuleiten, die sich dann in der Verbotsdebatte fortsetzt: Politische Verbrecher gehören nicht auf die demokratische Bühne.

Eine Kritik der politischen Programmatik des alten und neuen Faschismus ist das nicht. Nicht einmal von einem Vergleich zwischen Demokratie und Faschismus kann die Rede sein, wenn am Faschismus

nur die Abwesenheit demokratischer Tugenden entdeckt und umgekehrt die Demokratie dafür gepriesen wird, dass sie keinen Völkermord an Juden oder anderen als Staatsfeinde ausgemachten Bevölkerungsgruppen im Programm hat.

Ohne großen theoretischen Aufwand kann dagegen festgestellt werden, dass 1.) sich die Demokratie als Bollwerk gegen das Böse alles andere als bewährt hat – weswegen die Vorstellung diese Funktion schon einmal eine nähere Überprüfung verdient, und dass 2.) das Lob der Demokratie überhaupt nur zu haben ist, wenn man all das aus der Betrachtung ausschließt, was diese beiden Herrschaftssysteme gemeinsam haben:

Als Nationalstaaten mit Interesse an starker Führung und staatlichem Gewaltmonopol, als Verfechter der kapitalistischen Wirtschaftsweise mit Ausbeutung und Rentabilitätsprinzip, als Anhänger der Keimzelle „Familie“, welche Nachwuchs für alle nationalen Fronten zu produzieren hat, als Ausländerfeinde und Kommunistenfresser weisen sie einen umfangreichen gemeinsamen Grundbestand von Elementen bürgerlicher Herrschaft auf.

Fragen, Anregungen und Kritik an:

politische gruppe jena / erfurt

www.pg.blogsport.de
politische.gruppe@gmail.com



Vortrag & Diskussion

Prof. Dr. Freerk Huisken

Warum Demokraten Faschisten nicht kritisieren sondern nur verbieten können

Ort: Universität Jena, Carl-Zeiss-Str. 3, Seminarraum 314

Zeit: Donnerstag, den 02.07.2009, 19:00 Uhr

weitere Informationen: www.pg.blogsport.de

gefördert durch:

